

6. Januar 2005

Pressebericht Nr. 4 / 2005

Haushaltskonsolidierung ist auch 2005 weiterhin eine große Herausforderung für den Rat und die Verwaltung

Der Gemeinde Saterland ist es gelungen, das Jahresrechnungsergebnis 2004 mit einem Fehlbetrag von unter 300.000,00 Euro abzuschließen. Gegenüber den Nachtragshaushaltsplanungen bedeutet dieses eine Verbesserung um gut 800.000,00 Euro. Dies hat positive Auswirkungen auf den Haushalt 2005, den der Rat in seiner Sitzung am 13.12.2004 mit einem Defizit von 2.101.900,00 Euro verabschiedet hat. „Da in diesem Betrag die Abdeckung des ursprünglich für 2004 angenommenen Fehlbedarfes in Höhe von 1.098.200,00 Euro enthalten ist, verringert sich der Fehlbedarf 2005 auf etwa 1.300.000,00 Euro“, erklärt Bürgermeister Hubert Frye.

„Liegt die Gesamtsumme der Einnahmen nahezu genau auf dem Planwert, konnte die Summe der Ausgaben durch konsequent sparsames Wirtschaften aller Verantwortlichen der Gemeinde um über 800.000,00 Euro reduziert werden. Für diese wichtige Haushaltsdisziplin gilt allen mein Dank“, sagt Frye. „Wiederum konnten aber 2004 mit insgesamt rd. 2.016.000,00 Euro um gut 216.000,00 Euro höhere Gewerbesteuereinnahmen verbucht werden. Leider stehen diesen Mehreinnahmen weniger Einnahmen in fast gleicher Höhe an anderen Stellen gegenüber, vornehmlich bei den Gemeindeanteilen an der Einkommens- und Umsatzsteuer. Im Übrigen sind auf Gewerbesteuernehmereinnahmen bei unserem Hebesatz auch zusätzliche Gewerbesteuerumlagen von 25 % der Einnahmen abzuführen“.

Die Gewerbesteuernachzahlungen spiegeln die Leistungskraft der Gewerbebetriebe in Saterland wider. „Für das erfolgreiche Engagement der Gewerbebetriebe in Saterland bedanke ich mich sehr herzlich und zolle Ihnen meine ausdrückliche Anerkennung“.

Das letztendlich erzielte bessere Jahresergebnis 2004 ändert aber nicht die Notwendigkeit großer Anstrengungen zur Haushaltskonsolidierung. Eine große Aufgabe für die Verwaltung und den Rat in 2005 bleibt daher, das am 13.12.2004 beschlossene Haushaltskonsolidierungskonzept für 2005 sehr kritisch anzugehen und die Möglichkeiten der Umsetzung zu prüfen und zu nutzen.

Können in den gemeindlichen Objekten weitere Energiekosten gespart werden? Kann eine Reduzierung des Reinigungsaufwandes organisiert werden? Können die Straßenbeleuchtungsanlagen überall auf Kosten der Gemeinde im gleichen Umfang betrieben werden? Dies sind Fragen, die die Gemeinde 2005 beschäftigen werden. Vorher seien aber alle Ausgabennotwendigkeiten zu prüfen und damit auch, ob alle Leistungen weiterhin erbracht werden sollen, so Frye. Hier müssten auch die Bürgerinnen und Bürger bereit sein, ggf. auf Leistungen zu verzichten oder aber für individuelle Leistungen kostendeckende Entgelte zu zahlen. „Die verbreitete Vorstellung, die Gemeinde muss sparen, treffen darf es mich aber nicht, geht nicht auf“.

Veränderungen lösen in der Gemeindeverwaltung die Auswirkungen der Zusammenlegung der Arbeitslosenhilfe und der Sozialhilfe für arbeitsfähige Hilfeempfänger durch das SGB II mit dem ALG II aus (Hartz IV). Ein erheblicher Teil der bisherigen Sozialhilfebearbeitung wird dadurch ab 01.01.2005 auf die Arbeitsgemeinschaft (Arge) der Agentur für Arbeit und des Landkreises Cloppenburg verlagert.

Weggefallen sind ab 01.01.2005 aber auch die Arbeiten im Zusammenhang mit der Gebührenverlagerung für die Abwasserbeseitigung und auch für die Abfallbeseitigung. Die Abwasserbeseitigung wurde auf den OOWV übertragen, die Gebührenveranlagung für die Abfallbeseitigung übernimmt der Landkreis Cloppenburg.

„Diese Veränderungen haben zu einer sehr kritischen Überprüfung der Wirkungen auf den Personalbedarf geführt“, erklärt Frye. Gesamtergebnis der Überprüfung ist eine Reduzierung des Personalbestandes um gut 2,5 Stellen, die schon zum 01.02.2005 umgesetzt wird. Auf Hartz IV sind hiervon etwa 1,5 Stellen zurück zu führen.

„Ein schneller Beitrag zur Haushaltskonsolidierung, der den Sparwillen der Verwaltung unterstreicht“, stellt Frye fest. Die direkte Umsetzung ist möglich, da Saterland zufällige Fluktuationen nutzen kann. So wurde schon die durch Verrentung eines Mitarbeiters in 2004 entstandene Stellenvakanz durch Mehrarbeit des Kollegiums aufgefangen. Ferner wird für eine Elternzeit einer Mitarbeiterin keine Ersatzbeschäftigung vorgenommen und im Übrigen einem Antrag auf Stundenreduzierung entsprochen. „Keiner Mitarbeiterin und keinem Mitarbeiter muss so eine Änderung der vertraglichen Arbeitsleistung angetragen werden, worüber ich mich freue“, macht Frye deutlich.

Frye ist überzeugt, dass Bürgerinnen und Bürger, Rat und Verwaltung das Problem miteinander lösen können, sofern sie „an einem Strang in die gleiche Richtung ziehen“.

Hubert Frye
Bürgermeister